Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 50 (1970-1971)
Heft: 10: "Leben mit der Inflation?"

Artikel: Wirtschaftsordnung und Geldpolitik
Autor: Lutz, Friedrich A.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162518

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wirtschaftsordnung und Geldpolitik

FRIEDRICH A. LUTZ

Nur in einem gesunden Geldwesen kann die Marktwirtschaft florieren

Lenin wird der Ausspruch zugeschrieben: «Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muss man ihr Geldwesen verwüsten.» Soviel ist an diesem Satz jedenfalls richtig, dass man durch Inflation auf die Dauer die Ordnungsform der Marktwirtschaft, die ausserhalb des kommunistischen Länderblocks im grossen und ganzen noch vorherrscht, zerstört. Wir können die Anfänge dieser Zerstörung bereits beobachten. Die Inflation hat kürzlich Dänemark, Schweden und die Niederlande veranlasst, einen allgemeinen Preisstopp zu verfügen. Ein solcher Preisstopp, wenn er strikt gehandhabt wird, setzt den Preismechanismus – die Essenz der Marktwirtschaft – ausser Kraft. Zudem wird er, wenn er länger aufrechterhalten werden soll, auf die Dauer ergänzt werden müssen durch eine Einkommenspolitik, die die Lohngestaltung von oben festlegt und dadurch – im Verein mit dem Preisstopp – auch die Gewinne reguliert. Damit ist man bereits in eine dirigistische Wirtschaftsführung hineingerutscht. Diejenigen, die als Liberale die Marktwirtschaft bejahen, haben deshalb alles Interesse, selbst wenn sich die Inflation zunächst zu ihren Gunsten auswirkt, wie das für Schuldner zutrifft, den Kampf gegen die Inflation zu unterstützen. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass für jeden, der die Ordnungsform der Marktwirtschaft erhalten will, die Geld- und Währungspolitik das Primat vor allen anderen Sparten der Wirtschaftspolitik hat.

Die Inflation hat ihren Grund darin, dass zuviel Geld nach zu wenig Gütern jagt. Man muss demnach dafür sorgen, dass die Geldmenge sich, grob gesprochen, etwa so ausdehnt wie das reale Sozialprodukt, wenn keine Inflation entstehen soll. Dass dieses Ziel schwer zu erreichen ist, wird gleich zu zeigen sein. Zunächst aber muss ein ordnungspolitischer Aspekt des Problems betont werden. Geld wird geschaffen von der Notenbank und den Geschäftsbanken, die durch ihre Kreditgewährung an die Wirtschaft und den Staat Depositen zum Entstehen bringen, über die mit Schecks oder Bankanweisung zu Zahlungszwecken verfügt werden kann, was diesen Depositen eben den Charakter des Geldes verleiht. Nun ist es offensichtlich, dass die Geldschaffung nicht einfach der freien Konkurrenz überlassen werden kann. Die freie Konkurrenz sorgt auf dem Gebiet der Güterpro-

duktion dafür, dass mit den gegebenen Produktionsfaktoren möglichst viel und billig produziert wird. Auf Geld lässt sich dieses Prinzip nicht übertragen. Der Grundsatz «möglichst viel und billig produzieren», wenn er auf Geld angewendet wird, erzeugt ganz einfach Inflation. Deshalb waren die Neoliberalen immer der Ansicht, dass die Regulierung der Geldmenge eine Aufgabe des Staates oder einer Körperschaft sei, der sie vom Staat delegiert wird (Notenbank). Es heisst die neoliberale Grundkonzeption gründlich verkennen, wenn man der Ansicht ist, dass diejenigen, die dafür eintreten, der Notenbank alle Machtmittel zu geben, die sie braucht, um die Geldmenge zu regulieren, sich dem Dirigismus verschrieben hätten. Das Gegenteil ist richtig. Nur in einem gesunden Geldwesen kann die Marktwirtschaft auf die Dauer florieren, und ein solches Geldwesen setzt eine mit den nötigen Machtbefugnissen ausgestattete Notenbank voraus. Zu diesen Befugnissen gehört das Recht, Pflichtreserven für die Geschäftsbanken festzusetzen und innerhalb gewisser Grenzen zu variieren, Wertpapiere im Markt zu kaufen und zu verkaufen und den Diskontsatz zu ändern, um nur die wichtigsten zu nennen.

Nun ist allerdings unter modernen wirtschaftlichen Bedingungen die Aufgabe der Notenbank, eine Inflation zu bremsen, selbst wenn sie die Machtmittel einer modernen Notenbank zur Verfügung hat und durch eine gleichgerichtete, das heisst auf Überschüsse ausgerichtete Budgetpolitik des Staates unterstützt und ergänzt wird, ausserordentlich schwer zufriedenstellend zu lösen. Für diese Schwierigkeit sind – nicht ausschliesslich, aber doch hauptsächlich – drei Tatsachen, die unsere moderne Welt charakterisieren, verantwortlich.

Gewerkschaftliche und industrielle Monopole als Inflationserreger

Die erste besteht in der Existenz von gewerkschaftlichen und industriellen Monopolen. Auch hier zeigt sich, dass die «liberale» Wirtschaftsordnung ein System darstellt, das auf ganz bestimmten Grundprinzipien beruht, vor allem dem Wettbewerb, und dass, wenn diese Prinzipien an einer Stelle verletzt werden, sich an anderen Stellen – hier bei der Geldpolitik – Schwierigkeiten einstellen oder doch einstellen können. Der Zusammenhang ist dieser: Heutzutage nimmt die Produktivität der Arbeit wegen des technischen Fortschritts Jahr für Jahr zu. Werden die Löhne einigermassen entsprechend dem Produktivitätsfortschritt erhöht, entsteht von der Kostenseite her kein Anlass zur Erhöhung der Preise. Wenn jedoch, wozu das Gewerkschaftsmonopol die Möglichkeit gibt, Geldlohnsteigerungen gefordert und schliesslich bewilligt werden, die über die Steigerung der Arbeitsproduktivität hinausgehen, so steigen die Kosten und damit die Preise. Die

erhöhten Kosten müssen natürlich finanziert werden, was eine entsprechende Vergrösserung der Geldmenge erfordert. Weigern sich die für die Geldpolitik zuständigen Instanzen, die Geldmenge in einem Umfang auszudehnen, der es den Unternehmungen erlaubt, die durch die Kostenerhöhung bedingten Preiserhöhungen ohne Einschränkung ihres Umsatzes durchzusetzen, so entsteht Arbeitslosigkeit; um diese zu vermeiden, wird es in der Regel zur inflationistischen Ausdehnung der Geldmenge kommen. Die Gewerkschaften verhalten sich in dieser Beziehung in den verschiedenen Ländern allerdings sehr verschieden. Die Schweiz ist immer noch gut dran, Westdeutschland hat aufgehört, gut dran zu sein, und Grossbritannien war in den letzten zwei Jahrzehnten so gut wie nie gut dran. Das Paradoxe an der Sache liegt darin, dass die Arbeiter durch exzessive Lohnforderungen ihren Reallohn auf die Dauer nicht über das hinaus erhöhen können, was die Produktivitätssteigerung hergibt, da die nachfolgende Inflation das wieder zunichte macht, was anfänglich als eine «übermässige» Erhöhung auch des Reallohns erschien. Nur ganz vorübergehend können sie hoffen, die Reallöhne über die Produktivitätssteigerung hinaus auf Kosten der Gewinne zu erhöhen. Man sollte es deshalb im Grunde für möglich halten, dass die Lohnforderungen von vorneherein im Rahmen der Produktivitätssteigerung bleiben. Aber ein solcher Optimismus hat sich jedenfalls bis heute als ungerechtfertigt erwiesen. Nur nebenbei sei bemerkt, dass die Faustregel, wonach Lohnsteigerungen, die sich im Rahmen der durchschnittlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität halten, nicht zur Kosteninflation führen, dann nicht ganz richtig ist, wenn die Produktivitätssteigerung mit einem wachsenden Anteil der Kapitalkosten am Produkt einhergeht. In diesem Falle nämlich werden bei Verfolgung der Faustregel die Kapitalkosten nicht ganz gedeckt. Jedoch sollte man dieser Überlegung kein allzu grosses Gewicht beilegen. Man hätte allen Grund, sich die Hände zu reiben, wenn die Geldlohnsteigerungen wenigstens nicht über die durchschnittliche Steigerung der Arbeitsproduktivität hinausgingen.

Die Industriemonopole können ebenfalls zur Erhöhung des Preisniveaus beitragen, und zwar aus folgendem Grund: Die Produktivität der Arbeit wächst in ganz verschiedenem Grad in den verschiedenen Industrien. Damit das durchschnittliche Preisniveau gleichbleibt, ist es also erforderlich, dass die Industrien mit überdurchschnittlicher Produktivitätssteigerung ihre Preise senken und damit die Preiserhöhungen kompensieren, die die Industrien mit unterdurchschnittlicher Steigerung der Arbeitsproduktivität vornehmen müssen, wenn sie auf ihre Kosten kommen wollen. Wenn jedoch Industrien in der ersten Gruppe Monopolmacht ausüben können und die Preise trotz Kostensenkung nicht reduzieren, dann steigt das durchschnittliche Preisniveau, auch wenn die Lohnerhöhungen nicht über die durchschnittliche Produktivitätssteigerung hinausgegangen sind. Auch hier sieht

man wieder, dass man aus der liberalen Konzeption der Wirtschaftsordnung ein wesentliches Element, den Wettbewerb, nicht ungestraft herausbrechen kann.

Die Weltwährungsordnung – eine Voraussetzung der Inflation

Der zweite Grund, warum es so schwierig ist, Inflation zu vermeiden, hängt mit der internationalen Währungsordnung zusammen. Auch hier hat man den Pfad verlassen, den eine liberale Wirtschaftsordnung an sich vorschreibt. Unter der alten Goldwährung musste ein Land, das wegen eines Zahlungsbilanzdefizits Gold verlor, eine deflationistische Geldpolitik betreiben, um die Zahlungsbilanz wieder in Ordnung zu bringen. Bei der damals noch weitgehend vorhandenen Flexibilität von Preisen und Löhnen führte eine solche Politik nicht zu umfangreicher Arbeitslosigkeit. Ein Gold empfangendes Land pflegte eine expansive Geldpolitik zu treiben, was ebenfalls zum Ausgleich der Zahlungsbilanz beitrug. Eine chronische Weltinflation war zudem ausgeschlossen, weil das Geld in der Welt an das knappe Metall Gold gebunden war. Die geschilderten Reaktionen der Notenbanken auf die Goldbewegungen sind den Reaktionen der Wirtschaftssubjekte – Konsumenten und Unternehmungen – auf Preisänderungen vergleichbar, ist doch in beiden Fällen ein anonymer Mechanismus am Werk – ein Charakteristikum der liberalen Wirtschaftsordnung.

Das ist heute anders geworden. Ohne auf eine Diskussion der heutigen internationalen Währungsordnung einzutreten, sei nur hervorgehoben, dass sie, seit neben das Gold der Dollar als internationales Reservemedium getreten ist, eine chronische Weltinflation zwar nicht notwendigerweise hervorruft, sie aber doch ermöglicht; und dass Länder, die versuchen, die Inflation zu vermeiden, bei festen Wechselkursen auf die Dauer gezwungen werden, mit den Wölfen zu heulen und die Inflation mitzumachen, wofür es zwei Gründe gibt. Einmal werden, wenn im Ausland Inflation herrscht, die Einfuhrgüter teurer und ebenfalls die Ausfuhrgüter, die im Ausland einen höheren Preis erzielen können und deshalb auch im Inland teurer verkauft werden. Zweitens wird die Zahlungsbilanz der Stabilitätsinsel aktiv, was zum Einstrom von Devisen führt, wodurch die Banken liquider werden und daraufhin übermässige Kreditexpansion vornehmen können. Die Notenbank kann sich mit ihren Machtmitteln lange dagegen wehren, auf die Dauer wird sie, das hat die Erfahrung in Deutschland gezeigt, nachgeben müssen. Tatsache ist jedenfalls, dass sich bisher kein Land aus der Weltinflation heraushalten konnte; lediglich das Inflationstempo ist in den verschiedenen Ländern verschieden. Selbst wenn also ein Land in der günstigen Position ist, eine hausgemachte Inflation vermeiden zu können,

ohne der Beschäftigung Abbruch zu tun, so wird es doch durch das Ausland in den Strudel der Inflation hineingezogen. Vermeiden kann es das nur, wenn es gewillt ist, den Wechselkurs der eigenen Währung recht häufig zu ändern oder gar wie Kanada zu flexiblen Wechselkursen überzugehen, das heisst den Marktmechanismus auch auf dem Devisenmarkt frei spielen zu lassen.

Die Furcht vor der «Stabilisierungskrise»

Schliesslich ist als dritter Grund für die Weltinflation die Furcht vor Arbeitslosigkeit zu nennen. Viele Nationalökonomen verbreiteten nach dem Zweiten Weltkrieg die Lehre, dass eine leichte chronische, nicht von der Kosten-, sondern von der Nachfrageseite induzierte Inflation wünschenswert sei, weil sie die Nachfrage nach Gütern und die Investitionen und damit die Beschäftigung stimuliert, eine Lehre, die viele Anhänger fand, aber nichtdestoweniger falsch ist. Die Inflation hat diesen Effekt, solange sie dazu führt, dass die Gewinne der Unternehmungen sich immer wieder auf hohem Niveau einstellen, weil die Erhöhung ihrer Kosten hinter derjenigen der Preise nachhinkt. Dazu ist zu sagen, dass erstens Vollbeschäftigung auch bei stabilem Preisniveau erreicht werden kann, wenn die Löhne nicht übermässig steigen, und dass zweitens bei einer lohninduzierten Inflation, wie sie jetzt in vielen Ländern vorherrscht, von einem Nachhinken der Kosten hinter den Preisen offensichtlich nicht die Rede sein kann. So hat England im letzten Jahr starke Preissteigerungen durchgemacht bei Stagnation in der Produktion und erheblicher, sogar leicht wachsender Arbeitslosigkeit.

Wenn also dieses «Arbeitslosenargument» zu Gunsten einer chronischen Inflation unhaltbar ist, so kann man einem zweiten Argument einen Wahrheitsgehalt nicht absprechen. Es ist von jeher die – durch Erfahrung gestützte – Ansicht der Theoretiker unter den Nationalökonomen gewesen, dass ein erfolgreicher Versuch der für die Geld- und Budgetpolitik verantwortlichen Instanzen, eine Inflation zu bremsen und das Preisniveau zu stabilisieren, mit einer «Stabilisierungskrise» verbunden sei; man kann nicht erwarten, dass das Kunststück, das Preisniveau ohne Rezessionserscheinungen zu stabilisieren, gelingt. Man muss deshalb, auch wenn die beiden erstgenannten Gründe für eine Inflation wegfallen würden, bereit sein, eine gewisse vorübergehende Rezession in Kauf zu nehmen, wenn ein stabiles Preisniveau erreicht werden soll.